

Redebeitrag: Julius Echter Denkmal

Isabella (Lehrstuhl für Europäische Ethnologie)

Wir ziehen heute gemeinsam durch Würzburg, um sichtbar zu sein. Unsere Stimmen und unsere Botschaften können gehört, geteilt und diskutiert werden. Es sind aber nicht nur unsere, sondern besonders die Stimmen von Frauengenerationen vor uns, die ich heute zu Wort kommen lassen will. Viele sprachen, schrieben und schrien und wurden nicht gehört. Andere wurden gehört, haben viel bewegt und wurden inzwischen wieder vergessen.

Ich spreche heute zu euch als Feministin aber auch als Europäische Ethnologin. In der Logik meines Faches ist es unsere Aufgabe, gerade die Lebenswelten derer zu erforschen, die von der institutionalisierten Geschichte oft vergessen wurden: Szenekulturen, Familien, Frauen, Marginalisierte – die Liste könnte lange weiter gehen¹.

Hier am Denkmal des Würzburger Fürstbischofs Julius Echter von Mespelbrunn möchte ich aufzeigen, wie ein institutionalisiertes Gedächtnis unter Umständen persönliche Erinnerungen und besonders die Erinnerungen und Erfahrungen der Machtlosen entwertet.

2017 jährte sich der Todestag Julius Echters zum 400. Mal. In der Erinnerung der Stadt Würzburg wirkt er mit der Gründung des Juliusspitals und der Wiedergründung der Universität bis in die Gegenwart fort. In Stadtführungen, Museen oder der Tourist Info wird er als katholischer Reformers, Fürsorger der Kranken und Schwachen sowie als bedeutender Staatsmann gewürdigt. Auch wenn die Kritik an Echter in den letzten Jahren immer lauter wurde – im Stadtbild Würzburgs finden sich vor allem Erinnerungen an den Fürstbischof als Menschenfreund².

Spuren vom unerbittlichen Protestanten-Vertreiber und Enteigner Echter sind hingegen kaum im Stadtbild zu finden. Genau eine Stele vor dem Juliusspital erinnert an die durch Echter initiierte Überbauung und Zerstörung des Würzburger jüdischen Friedhofs. Und überhaupt kein Denkmal berichtet Würzburger*innen oder Tour*istinnen von den vor allem in Echters letzten Regierungsjahren durchgeführten Hexen-verbrennungen.

Es sind Schicksale, wie das von Barbara Schetzlein, die zwar 2017 im Jubiläumsjahr öffentlich erwähnt aber nicht im Stadtbild materialisiert werden. Barbara Schetzlein wurde 1611 solange gefoltert, bis sie gestand (Zitat) „einen Bund mit dem Teufel eingegangen zu sein“. Dem Protokoll dieses sogenannten Verhörs entnehme ich folgendes Vorgehen:

Zunächst wurden Schetzlein die hinter dem Rücken zusammengebundenen Hände mit einem Seil in die Höhe gezogen, dabei wurden die Schultergelenke ausgekugelt. Anschließend wurden ihr Beinschrauben angelegt, sie wurde mit Branntwein übergossen, um ihr glühende Eisen in den Körper zu brennen. Zuletzt wurde ihr der Kopf mit einem Strick zusammengequetscht. Nach ihrem erzwungenen „Geständnis“ stürzte sie sich in einer Beinschraube zu Tode.

Auch wenn viele Historiker*innen betonen, Echter sei (Zitat) „kein fanatischer Hexenjäger gewesen und habe vielmehr Prozesse verhindert und sich um einen juristisch korrekten und „barmherzigen“ Verlauf der Prozesse bemüht³“ (Zitat Ende) – die Zahlen bleiben verstörend: In Echters Regierungszeit

1 Vgl. Utz Jeggle: Auf der Suche nach Erinnerung. In: Bernhard Tschöfen, Reinhard Jöhler, Monique Scheer, Thomas Thiemeyer: Das Fremde im Eigenen. Beiträge zur Anthropologie des Alltags. Tübingen 2014 (1991), S. 79-81.

2 Vgl. Katja Auer: Echter vertrieb die Juden, mehr als 200 Frauen verbrannten als "Hexen". In: Süddeutsche Zeitung 14.06.2017. URL: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/fraenkische-historie-der-teuflische-fuerstbischof-1.3588058-2> (aufgerufen am 28.02.2019).

zwischen 1573 und 1617 wurden über 200 angebliche Hexen verbrannt – einige Historiker*innen sprechen von deutlich höheren Zahlen.

Die Feminist*innen der 1970er Jahren vermuteten, dass die als Hexen verbrannten und gefolterten Frauen auf den Scheiterhaufen landeten, weil sie das Patriachat der Frühen Neuzeit ängstigten. In Rom gingen diese Feminist*innen als Hexen verkleidet gegen die Gewalt an Frauen auf die Straße und riefen: "Tornate, tornate, le streghe son tornate!" - "Zittert, zittert, die Hexen sind zurückgekehrt!"

Ebenfalls in den 1970er Jahren haben frauenbewegte Wissenschaftler*innen die Geschichte der Hexenverfolgung und die Sozialgeschichte der Frauen überarbeitet. Wir wissen heute, dass sehr unterschiedliche Frauen aus sehr unterschiedlichen Gründen als Hexen verfolgt wurden:

Unter ihnen waren Heilerinnen und Hebammen, Unternehmerinnen, Witwen und Gelehrte. Es waren Frauen, die nicht der damals herrschenden Norm entsprachen, Frauen, die unabhängig und selbständig lebten, sich organisierten und ihre Meinung laut teilten. Frauen, wie die, die hier heute zusammenstehen.

Den Tod durch Feuer und Folter erlebten reiche Frauen (deren Vermögen postum an den örtlichen Landesherr oder einen männlicher Verwandten ging) genauso, wie die gesellschaftlich vergessenen Bettlerinnen und Landstreicherinnen. Die meisten Frauen allerdings, die als Hexen ihr Leben lassen mussten, wurden von Nachbar*innen oder Familienangehörigen denunziert.

Hexenverbennungen ermöglichten es einem frühneuzeitlichen Patriachat, seine Macht und seine Interessen zu erhalten und Frauen weiterhin zu unterwerfen. Über 400 Jahre nach dem Tode Julius Echers sind es patriachale Machtansprüche und soziale Ungleichheit, die uns heute hier zusammengebracht haben. Wir brauchen den Blick in die Vergangenheit, um reflektiert eine gerechte Zukunft für alle aushandeln zu können. Wir müssen zuhören, kritisch nachfragen und mutig sein. Wir dürfen nicht vergessen!

Redebeitrag: Klara Oppenheimer – Würzburger Frauenrechtler*in

(Isabella – Lehrstuhl für Europäische Ethnologie)

Am 26. Oktober 1912 kommt die Juristin und Frauenrechtlerin Anita Augspurg nach Würzburg, ins Café-Restaurant Alhambra am Franziskanerplatz. Der hiesige Bayerische Verein für Frauenstimmrecht hat sie eingeladen, um das Frauenwahlrecht zu diskutieren.

Der Eintritt ist frei, das Publikum strömt, die Polizei schließt die Türen wegen Überfüllung, viele müssen draußen bleiben. Augspurg eröffnet, dann spricht die Londoner Frauenrechtlerin Eleonora Tyson über den radikalen Kampf um das „Sufragette“ in England. Der Beifall rauscht, die Veranstaltung nimmt einen (Zitat) „sehr stürmischen, aber guten Verlauf“¹ (Zitat Ende) wie die Zeitschrift „Frauenstimmrecht“ später berichtet. An diesem Tag tragen sich 40 Frauen als Neu-Mitglieder im Würzburger Frauenstimmrechtsverein ein. Unter den stolzen Veranstalterinnen ist die Würzburger Kinderärztin Klara Oppenheimer². Sie ist dabei als Augspurg und die anderen Frauen rufen:

[Heran!] ihr Schwestern allumher, Der neuen Botschaft freudig lauscht. Fühlt als Rechtlos euch nicht mehr, Unsrer Freiheit Banner rauscht, Unsrer Freiheit Banner rauscht!³

Frauen sind Menschen zweiter Klasse, als Klara Oppenheimer 1867 in eine großbürgerliche jüdische Familie geboren wird. Die Zeitgenossinnen haben keinen Zugang zu höherer Bildung, dürfen nicht wählen und verdienen nur in Ausnahmefällen genügend Geld, um ein selbstständiges, unabhängiges Leben führen zu können⁴. Klara Oppenheimer wächst in Würzburg auf und absolvierte 1889 das Lehrerinnenexamen in Aschaffenburg. Damit hatte sie den höchsten Bildungsabschluss erreicht, der damals für Frauen zugänglich war⁵. Ein Studium war ihr nicht möglich, denn die ausschließlich von Männern geführten und besuchten Universitäten wehrten sich vehement gegen studierende Frauen. Sie befürchteten

1 "Zeitschrift für Frauenstimmrecht", Nr. 2/2, Oktober/November 1912, S. 14.

2 Vgl.: Wolfgang Jung: Eine große Feministin aus Würzburg. In: Main Post 22.12.2017, o.S.

3 Augspurg, Anita (1912): Weckruf zum Frauenstimmrecht. – In: Frauenstimmrecht : Monatshefte des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht, Nr. 1/2, S. 1.

4 Vgl. Franz Ziegler, Gereon Rempe: Klara Oppenheimer. Würzburger Kinderärztin. Kämpferin für das Frauenrecht. Opfer des Holocaust. Würzburg 2017 S. 12.

5 Vgl. Werner Dettelbacher: Dr. Klara Oppenheimer – die erste niedergelassene Kinderärztin Würzburgs. In: Würzburger medizinhistorische Mitteilungen. Band 21, 2002, S. 43–48.

(Zitat) „die Gefährdung der Sittlichkeit und Schamhaftigkeit und den Niedergang des wissenschaftlichen Niveaus⁶“.

Als Frauen in Bayern 1903 erstmals zum regulären Studium zugelassen wurden, holte Klara Oppenheimer das Abitur nach. 1906 schrieb sie sich an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg für das Studium der Medizin ein und legte die ärztliche Prüfung 1910 im Alter von 38 Jahren ab. 1912 wurde sie promoviert.

Ihr ganzes Leben lang setzte sie sich für die Bildung und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen ein:

Sie arbeitete im Verein Frauenheil mit, der sich für die (Zitat) „Förderung höherer Bildung des weiblichen Geschlechts und der Erwerbstätigkeit der auf eigenen Unterhalt angewiesenen Frauen“ einsetzte. Während ihres Studiums wurde sie zweite Vorsitzende des Vereins studierender Frauen. 1918 eröffnet die 50-jährige Klara Oppenheimer eine Praxis für Säuglings- und Kinderkrankheiten und war damit die erste Ärztin mit eigener Praxis in Würzburg. 1919 erhielt sie, ebenfalls als erste Ärztin Würzburgs zudem eine Kassenzulassung. Als zweite Vorsitzende im örtlichen Frauenstimmrechtsverein und als Mitglied im Vorstand der Sophienschule, einer Würzburger Mädchenschule, setzte sie sich weiterhin für die Rechte von Mädchen und Frauen ein. Klara Oppenheimer durfte viele Zeitgenossinnen erleben, die aufgrund der Anstrengungen von Frauenrechtler*innen mit Bildung aufwachsen, selbstbestimmt entscheiden und ab 1918 wählen und (wenn auch eingeschränkt) am politischen und sozialen Leben teilhaben durften.

Doch sie musste auch dabei zusehen, wie der Nazi-Terror ab 1933 ihr und ihren Schwestern gewaltsam nahm, wofür sie ein halbes Jahrhundert gekämpft hatten. Der damals 65-jährigen Klara Oppenheimer wurde als Jüdin und Frauenrechtlerin die Rente gekürzt, ihr Ausreiseantrag in die Schweiz vom Regime abgelehnt und ihr Haus mit der Kinderarztpraxis als sogenanntes „Judenhaus“ (Gettohaus) enteignet. Nachdem Klara Oppenheimer 1941 zwangsweise in ein jüdisches Altenheim umgesiedelt wurde, deportierten die Nazis sie nur ein Jahr später nach Theresienstadt, wo sie am 17. Mai 1943 im Alter von 75 Jahren starb⁷.

In Erinnerung an die große Würzburger Frauenrechtlerin, Ärztin und Jüdin Klara Oppenheimer wurde 2006 vor ihrem Elternhaus in der Friedenstraße 26

6 Bussemer, Herrad: Bürgerliche Frauenbewegungen und männliches Bildungsbürgertum 1860-1880. In: Ute Frevert (Hg.): Bürgerinnen und Bürger. Geschlechterverhältnisse im 19. Jahrhundert. Göttingen 1988, S. 195.

7 Vgl. Werner Dettelbacher 2002, S. 43–48.

ein Stolperstein verlegt. Das kaufmännische Berufsbildungszentrum II in der Sanderau trägt in ihrem Gedenken den Namen Klara-Oppenheimer-Schule⁸.

Wenn ich über den Campus am Hubland Nord laufe und in den Klara-Oppenheimer-Weg abbiege, erinnere ich an diese beeindruckende Frau und ihren Kampf für Frauen wie mich. Ich kann heute nur deshalb an einer Universität promovieren, wählen, selbstständig leben und selbstbestimmt lieben weil sie und ihre Schwestern diese Grundrechte für uns erkämpft haben.

⁸ Universitätsarchiv Würzburg: Gelehrte des Monats: Klara Oppenheimer. Würzburg 2017. URL: <https://www.uni-wuerzburg.de/uniarchiv/persoenlichkeiten/gelehrte/klara-oppenheimer/> (aufgerufen am 01.03.2019).

08.03.2019

Am 21. Februar 2019 änderte der Bundestag mit 370 Stimmen der regierenden großen Koalition dafür und 277 Stimmen der nahezu gesamten Opposition dagegen den Gesetzestext des § 219a StGB. Unmittelbar danach haben die Oppositionsparteien Die Linke, die Grünen sowie die FDP angekündigt, gegen § 219a StGB eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht anzustreben – mit dem Ziel, das im Strafgesetzbuch verankerte Verbot der Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft komplett abzuschaffen.

Was steckt eigentlich hinter dem sogenannten Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche?

Nach dem Absatz 1 des § 219a des Strafgesetzbuchs ist Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich verboten und wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Werbung bezeichnet das *öffentliche Ankündigen, Anpreisen oder Anbieten* dass die informierende Person selbst oder eine andere Person Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Dieses Ankündigen, Anpreisen oder Anbieten muss *des eigenen Vermögensvorteils wegen* oder *in grob anstößiger Weise* geschehen.

Ein solches *Ankündigen, Anpreisen oder Anbieten* gilt immer dann als *grob anstößig*, wenn strafbare – sprich: nicht indizierte – Schwangerschaftsabbrüche beworben werden oder Schwangerschaftsabbrüche hierdurch verherrlicht werden. Als strafbar gelten gemäß §§ 218 f. StGB alle Schwangerschaftsabbrüche, sofern sie nicht medizinisch oder kriminologisch indiziert sind oder – was momentan den ganz überwiegenden Anteil der in Deutschland durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche darstellt – nach einer Beratung innerhalb der ersten zwölf Wochen durchgeführt werden. In jedem Fall muss der Abbruch von einem*iner Ärzt*in vorgenommen werden.

Des eigenen Vermögensvorteils wegen erfasst Ärzt*innen, die, etwa auf ihrer Homepage darüber informieren, dass sie selbst Schwangerschaftsabbrüche durchführen, da sie für die Durchführung dieser Schwangerschaftsabbrüche Geld bekommen und folglich einen Vermögensvorteil erhalten. Personen, die durch das öffentliche Ankündigen eines Schwangerschaftsabbruchs keinen Vermögensvorteil haben, machen sich nicht wegen § 219a StGB strafbar. Aus diesem Grund sind Internetseiten von Abtreibungsgegner*innen, auf denen Ärzt*innen aufgelistet werden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, nicht von § 219a StGB erfasst – da diese hierdurch eben keinen Vermögensvorteil haben.

Durch den aktuellen Kompromiss wurde § 219a StGB ein vierter Absatz hinzugefügt, der besagt, dass Absatz 1 – die Strafbarkeit des Werbens für Schwangerschaftsabbrüche – nicht gilt, wenn Ärzt*innen, Krankenhäuser oder Einrichtungen auf die Tatsache hinweisen, dass sie nicht strafbare Schwangerschaftsabbrüche vornehmen oder auf Informationsseiten, etwa einer zuständigen Behörde hinweisen.

Geändert hat sich also, dass von dieser Änderung an Ärzt*innen nun öffentlich, etwa auf ihrer Homepage, darüber informieren dürfen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Allerdings – und das ist und bleibt problematisch – dürfen sie immer noch nicht über die Art und Weise (medikamentös oder operativ) der von ihnen durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche oder über

die damit verbundenen Kosten informieren. Solche Informationen sollen von einer zuständigen Behörde zusammengestellt werden.

Ziel des § 219a StGB ist laut dem Gesetzesentwurf zu verhindern, dass Schwangerschaftsabbrüche in der Öffentlichkeit als etwas Normales dargestellt und kommerzialisiert werden.

Das wohl am häufigsten angeführte Argument für eine Notwendigkeit von § 219a StGB ist, dass hierdurch Werbeplakate à la „zwei Schwangerschaftsabbrüche zum Preis von einem“ verhindert werden müssten. Gegen eine solche Kommerzialisierung sprechen wir uns auch aus.

Die Behauptung allerdings, dass Ärzt*innen ohne ein Verbot wie das des § 219a StGB solche Werbung tatsächlich veröffentlichen würden, entbehrt jeglicher Grundlage und ist absurd.

Im Gegenteil ist es wichtig festzuhalten, dass die derzeitigen Berufsordnungen – in Bayern § 27 der Berufsordnung für die Ärzte Bayerns – Ärzt*innen berufswidrige Werbung sowieso untersagt. Hiervon wäre etwa eine anpreisende Werbung erfasst; eine solche Werbung dürfen Ärzt*innen weder selber vornehmen noch durch andere veranlassen.

Zudem ist es jedoch mehr als nur zweifelhaft, davon auszugehen, dass eine schwangere Person sich tatsächlich aufgrund einer solchen Werbung – die es ja gar nicht geben wird – zu einem Schwangerschaftsabbruch entscheiden würde. Es wäre weltfremd anzunehmen, dass sich Schwangere in einer solchen Entscheidung durch geschmacklose, unethische Werbung leiten lassen.

Solche Behauptungen zeugen von einer nicht unproblematischen Einschätzung von schwangeren Personen und stellen selbstbestimmte Menschen als unmündig dar.

Das Ziel, Schwangerschaftsabbrüche in der Öffentlichkeit explizit als nicht normal darzustellen, ist politisch zu diskutieren. Worüber aber kein Zweifel und kein Diskussionsbedarf besteht, ist, dass eine Stigmatisierung von Ärzt*innen, die auf ihren Internetseiten darüber informieren, dass und wie sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, durch eine *strafrechtliche* Verurteilung nicht mehr zeitgemäß ist. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen unter gewissen Voraussetzungen vom Bundesverfassungsgericht für verfassungsgemäß erklärt wurde, scheint es widersprüchlich, Informationen hierüber durch die durchführenden Ärzt*innen zu verbieten.

Der Würzburger Arbeitskreis kritischer Jurist*innen spricht sich daher für eine vollständige Abschaffung des § 219a StGB aus.

Das ist die Rede von der betroffenen Person:

Ich war 24 Jahre alt, frisch aus meiner Festanstellung gegangen und ungeplant schwanger.

Heute bin ich eine von 101209 Frauen die 2017 eine Schwangerschaft haben abbrechen lassen.

Ich wurde gefragt ob ich etwas für diese Demo schreiben möchte und habe mich dafür entschieden, weil ich denke dass es Zeit wird, dass endlich auch die betroffenen zu Wort kommen.

Aus diesem Grund werde ich heute, etwas von meiner Geschichte mit Ihnen teilen. Allerdings werden Sie kein Gesicht zu meinen Worten bekommen. Der Ächtung und den Anfeindungen, mit denen ich rechnen müsste, sehe ich mich nicht im Stande entgegen zu treten.

Ich werde nicht darüber sprechen, ob es gut oder schlecht ist ein ungeborenes Leben zu beenden oder ob es überhaupt schon ein Leben ist, denn dies liegt allein im Ermessen der betroffenen Frauen.

Auch möchte ich nicht in die Diskussion einsteigen, die von Politik und Religion so schamlos für ihre Zwecke ausgenutzt wird. In denen Frauen zu unzurechnungsfähigen Dummerchen oder kaltblütigen Mörderinnen degradiert werden.

Wie läuft die Prozedur für einen Schwangerschaftsabbruch ab?

Man sagt dem Arzt, der einem gerade zur Schwangerschaft gratuliert hat, man möchte das Kind nicht. Wenn man Glück hat reagiert der Arzt professionell und versucht einen nicht umzustimmen. In meinem Fall wurde mit den Worten: "Dann möchte ich sie nicht weiter damit belasten." die Ultraschallbilder meines Kindes vor meinen Augen zerissen.

Nach einem Konfliktgraditivitätsgespräch, wenn man für fähig befunden wurde einen Schwangerschaftsabbruch machen zu lassen, muss man drei Tage warten um den Abbruch tatsächlich vornehmen zu lassen. Wenn man aber Pech hat muss man wiederum eine ganze Weile warten, da es nicht genug freie Termine gibt.

Wussten Sie das? Ich wusste es nicht.

Mir hat eine Freundin davon erzählt welche Arten von Abbrüchen es gibt und wie diese ablaufen und wer überhaupt einen Abbruch vornimmt.

Es gibt Foren im Internet, auf denen Frauen sich gegenseitig Tipps geben, wie man auch ohne ärztliche Behandlung einen Abbruch herbeiführen kann.

Es sind Methoden bei denen mit viel Glück nichts passiert, die unfruchtbar machen oder aber lebensbedrohlich enden.

Dies alles geschieht, weil es kaum seriöse Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen gibt. Ärzt*innen die doch informieren werden verklagt, weil sie angebliche Werbung machen.

Gute Informationen sind in dieser Situation mehr als wichtig, aber sie werden uns verwär, weil wir unzurechnungsfähig wie wir sind, auf den Geschmack von Abtreibungen kommen könnten.

Bei günstigen 450€, wer kann da schon wieder stehen.

Die einzigen gesammelten Informationen zu Ärzten, findet man auf Seiten von Abtreibungsgegnern, auf denen ein Abbruch schon auch mal mit dem Holocaust verglichen wird.

Jens Spahn bekommt vom Staat 5 Mio.€ für eine Studie, die es schon mehrfach gibt. Diesen Studien zu Folge, leiden die Frauen vor allem unter der gesellschaftlichen Stigmatisierung oder darunter, dass ihnen ein Abbruch verweigert wurde.

Mit seiner Politik und dieser unnötigen neuen Studie treibt Spahn die Stigmatisierung und Tabuisierung des Themas immer weiter voran.

Am Tag des Abbruchs habe ich mein Kind verloren, wenn auch durch meinen eigenen Willen, der Schmerz dieses Verlustes war unermesslich.

Die Möglichkeit zu trauern oder meinen Schmerz zu teilen hatte ich nicht. Aus Angst vor den Reaktionen, weil ich laut unserer Gesellschaft mein Kind habe umbringen lassen und somit das Recht auf Trauer verwirkt habe.

Fast ein Jahr hat es gedauert bis ich mir die Trauer erlauben konnte und mich nicht mehr zu verurteilen.

Mit der Trauer habe ich angefangen darüber zu sprechen und mit diesem Schritt habe ich mir Normalität und die Unterstützung meiner Freunde und Familie zurück geholt. Es hat mir die Möglichkeit gegeben alles zu verarbeiten und dem was geschehen ist einen Platz in meinem Leben zu geben.

Ich musste kein Geheimnis mehr aus der schwersten Zeit in meinem Leben und den emotionalen Ausbrüchen machen.

In meinem Bekanntenkreis haben 7 weitere Frauen einen Abbruch hinter sich und kaum eine redet darüber, auch nach Jahren nicht.

Ich schreibe diese Zeilen in dem Wissen, dass es für mich die richtige Entscheidung war.

Ich habe mich nicht gegen mein Kind entschieden, ich habe mich einfach nur für mein Leben entschieden.

Ein Leben in dem ich mich noch nicht so verwirklichen konnte wie ich es für mich vorstelle.

In dem meinen Körper nicht Mittel zum Zweck für eine Leistungsgesellschaft sein soll.

Dieses Leben kann ich jetzt führen und ich führe es in dem Bewusstsein was es gekostet hat.

Meine Tochter wäre in diesem Monat 1 Jahr alt geworden, ich liebe sie von ganzem Herzen und genau deshalb spreche ich darüber, weil ich möchte dass sie einen Platz in meinem Leben hat.

Ich schreibe diese Zeilen nicht um Verständnis zu bekommen, ich schreibe sie um andere Frauen zu ermutigen ihre Geschichten zu erzählen und um den Respekt einzufordern, der in dieser Diskussion schon so lange verloren gegangen ist.

Ich habe versucht an den Stellen, die meiner Meinung nach in dem Kontext Sinn gemacht haben zu gendern. Bei den rechtlichen Grundlagen und den alltäglichen Situationen ist es leider so, dass es nur eine binäre Unterscheidung gibt.

Heyo schön dass ihr da seid.

ich hab auch noch nen kleinen feministischen Redebeitrag für den heutigen internationalen Frauen*-Kampftag vorbereitet.

- In Deutschland neigen viele dazu Sexismus kleinzureden und auf andere Kulturen zu zeigen, so nach dem Motto „da dürfen sie nicht Auto fahren“ oder „da dürfen sie noch nicht mal frei reden“. Ja, wir sind froh dass wir hier meistens frei reden dürfen, aber darauf können wir uns nicht ausruhen.

Tatsächlich wurde mir letzts malwieder gesagt, ich solle nicht so reden als Frau und die Diskussion den Männern überlassen. die Erfahrung machen viele von uns leider immer noch.

- Es geht heute in erster Linie darum, dass die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen eine Menge Probleme mit sich zieht, die sich nicht auf den Zugang zu Informationen beschränken. zB dass Medizin-Studierende an Papayas Abtreibungen üben, weil es nicht im Lehrplan steht. Oder das Schwangere verummmt zur Beratungsstelle laufen um nicht im Nachhinein angegriffen zu werden, oder Menschen, die im Ausland abtreiben, weil es ihnen nach der 12. Schwangerschaftswoche nicht mehr möglich ist.

Alle kriegen die Diskussionen über die Ungleichheitszustände mit. über 219a, über Sexismus im Alltag, die Me-too Debatte, ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen und vielem mehr, aber niemand unternimmt etwas.

- Nachdem jetzt endlich so grundlegende Dinge wie das dritte Geschlecht und die gleichgeschlechtliche Ehe eingeführt wurden, stimmen wir immernoch – stumm wie wir sind- einem Paragraphen zu, der die Grundrechte der Frau* **maßgeblich** einschränkt. Schwangerschaftsabbrüche sind 85 Jahre nach dem Verfassen dieser Paragraphen immer noch illegal. Das muss man sich mal vorstellen, die sind aus 33.

- Im Abschnitt 1 des Paragraphen 218 heißt es: § 218 (1) 1“Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Darauffolgend alle Ausnahmen und Regelungen wann und wie es doch erlaubt ist. **Wir** wollen, dass Schwangerschaftsabbrüche legalisiert werden, und Gewalt und Risiken durch Ausnahmen und Regelungen **verhindert** werden.

Wie kann es sein, dass das grundlegende Recht über die Unversehrtheit des eigenen Körpers und der Würde des Menschen völligst ignoriert wird?!

In dem Abschnitt 1 von 219 spricht man von der „zumutbaren Opfergrenze“ der Schwangeren, eine sehr zutreffende Aussage, wenn man bedenkt, welche gesetzliche Lage der betroffenen Person zugemutet wird.

- Wir haben meiner Meinung nach genug Probleme: Kriege, der Klimawandel und einen alles aus**merz**enden Kapitalismus. Und Deutschland struggelt mitten im Chaos hinterher. Wir würden gerne überall mitreden und

Moral predigen... kriegen es aber nicht hin uns um die Selbstbestimmung der Frauen* hier zu kümmern.

-Wir lassen unschuldige Menschen im Meer ertrinken und reden von **Mord**, wenn es um Abtreibungen geht. Wir liefern jedes Jahr **mehr** Waffenexporte in Krisengebiete und unterstützen mit unserem Konsum Ausbeutung und Unterdrückung; und reden von **Mord** wenn es um Abtreibungen geht. Die größte Gruppe an Abtreibungsgegner*innen heißt der „Marsch für's Leben“. Sie benutzen den Begriff des „Babycaust“ und relativieren damit auf **ekelhafteste** Weise unsere Geschichte indem sie Abtreibungen mit dem industriellen Massenmord an jüdischen Menschen gleichsetzen.

- Etwa die Hälfte dieser Menschen sind Frau*en und ich verstehe nicht, dass gerade die jungen Frau*en nicht in Frage stellen, welches Bild der Frau* sie repräsentieren und welches Bild rechtlich und sozial immer noch in unserer Gesellschaft verankert ist.

Wir haben **Strafgesetze** dafür, dass Schwangere ihre Entscheidungen – naiv wie sie scheinbar sind- nicht alleine treffen, sondern vom Staat angeordnete **Zwangsgespräche** sollen sie zur „Vernunft“ bringen. Im Paragraph 219, Abschnitt eins heißt es: § 219 (1) 1Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens.

- Auch wenn dies in der Realität nicht unbedingt der Fall ist, viele beraten neutral und unterstützen die Person bei ihrer Entscheidung, aber es ist jawohl der letzte scheiß, dass der Paragraph immer noch so schwarz auf weiß steht.

- Wir **kontrollieren** Schwangerschafts-„Werbung“ und den Zugang zu Informationen. Gerade so, als ob es eine leichtfertige Entscheidung wäre und jeder und jede jetzt plötzlich konstant abtreiben würde statt normal zu verhüten.

- Wir **betonen** dabei, dass es um den Schutz des ungeborenen Lebens geht, und niemand Frauen* diskriminieren will. Ähnlich ist es zu behaupten racial profiling bei der Polizei hätte nichts mit Diskriminierung zu tun.

- Wir schaffen ein soziales Klima, in dem betroffene Menschen, während sie durch eine der schwierigsten Phasen ihres Lebens gehen mit Anfeindungen und Angriffen zu kämpfen haben. Anfeindungen, weil sie über ihren eigenen Körper entscheiden wollen. Und Anfeindungen gegen Ärzt_innen, weil sie es diesen Personen möglich machen. Die allermeisten kommen aus religiöser Motivation. Aber wenn man sich nicht mit so etwas weltlichem wie dem Strafgesetz auseinandersetzt, ist es sehr leicht jedem Ungeborenen Frieden sichern zu wollen.

Sie kommen auch viel von Männern, deren Weltbild plötzlich ins Schwanken gerät. Es wird gespottet, dass eine Abtreibung das höchste an Emanzipation darstellt, kommentiert dass man bitte nicht überall Sexismus reininterpretieren soll und beweint, dass alle Frauen jetzt über die Stränge schlagen. Gerade **die** können sich nicht vorstellen was sowohl eine Geburt als auch eine Abtreibung bedeutet, und wenn, würden sie die

Aufregung verstehen. Bzw. bin ich mir ziemlich sicher, dass wenn Männer schwanger werden könnten, wäre Abtreibung **längst** ein Grundrecht.

- Es fehlt scheinbar das Vertrauen in die **weibliche** Hälfte der Bevölkerung und das sollten wir Tag für Tag in Angriff nehmen.

Bei der gesamten Diskussion und an der Masse an Aufschreien (**immer** wenn es um Feminismus geht übrigens) wird deutlich, wie sehr die patriarchalen Strukturen aufrecht erhalten bleiben. ich hoffe in 50 Jahren denken wir uns, was war denn mit denen los.

- Ich bin auch nicht für Werbung und Beratungen, die grundsätzlich **empfehlen** abzutreiben. Aber das wird doch eh nicht der Fall sein! Die betroffenen Personen können in den allermeisten Fällen, wenn sie freien Zugang zu Informationen haben und frei von Zwang und Psychoterror sind, die Entscheidung reflektiert sehr gut fällen. **Das** Maß an Freiheit wird es jawohl noch geben können.

Wenn wir uns in der Praxis bei der Beratung **nicht rechtfertigen** müssen, warum müssen wir es dann vorm Staat? Es kann nicht sein, dass der Frau **heutzutage** im Strafgesetzbuch nicht das gleiche Ansehen erteilt wird wie Männern.

- Es sollte auch endlich Ärzt*innen möglich sein, straffrei und ohne Komplikationen ihre Ausbildungen/ Weiterbildungen/ Forschungen frei zu wählen. Und gemeinsam daran zu arbeiten, dass sich die Lage zunehmend normalisiert.

- Und Abgesehen davon wird die Alterung der Gesellschaft auch nicht verhindert, indem man allen Gebärfähigen einen Zwang auflegt, doch bitte an die Zukunft Deutschlands zu denken.

- Und es wäre sehr hilfreich sich soziale Absicherungen von Familien und vor allem von Alleinerziehenden besser anzugucken, und sich zu überlegen, warum es manchen Familien nicht möglich ist 2/3/4 Kinder zu versorgen. Es wird in den meisten Fällen abgetrieben, wenn die Familie bereits ein oder mehr Kinder hat. Oder die soziale Absicherung und Unterstützung von Familien, die nicht in das ordentliche Bild der geistlich und körperlich gesunden Familie passen. In dem Bereich handelt es sich dann auch sehr viel um die ethischen Fragen der Abtreibung, wie weit sollte es eine Art „Verpflichtung“ geben, die **über** den ganz persönlichen und beeinflussten Meinungen der betroffenen Personen steht. Aber das ist ein ganz anderes Kapitel.

Unabhängig davon, wäre es schön, wenn in der Politik (und auch generell) die Leute nicht so hoffnungslos an ihren alten Traditionen hängen würden, weil sich ne Menge halt verändert und wir uns über andere Sachen Gedanken machen sollten als z.B. über Kreuze in öffentlichen Gebäuden. (Danke Söder). Wir fordern von der CDU/CSU dies einzusehen und ihren Bürgerinnen die Straffreiheit zu garantieren oder eben schnell zu verschwinden. Und wir fordern von den anderen Parteien eine Menge mehr Druck. In allen Reihen gibt es Unzufriedenheit und Anklagen, die Änderung des Paragraphen und die beiden Gesetze nicht länger

hinzunehmen. das Vertrauen in die Durchsetzungskraft deutscher Politiker*innen ist meiner Meinung nicht besonders hoch, das wäre die Chance endlich mal echten Willen zu zeigen!

Wir könnten sehr viel fortschrittlicher und vorallem gleichberechtigt leben.

- Und nochmal zur Gesetzesgrundlage: Die Änderung des Paragraphen 219a nützt keiner betroffenen Person etwas, und beide Gesetze 218 und 219 sollten zu 100% umgeschrieben und im Grundgesetz statt im Strafgesetz integriert werden. Oder wir nehmen uns ein Vorbild an Irland und streichen beide komplett. (der konservative Premierminister von Irland hat sich klar dafür ausgesprochen und meinte, dass „sie Frauen vertrauen und ihre Entscheidungen respektieren.“) Ich wünsche mir diesen Respekt hier auch, damit es überhaupt jemals möglich ist, die Gleichberechtigung in den Köpfen bewusst zu machen. und die Neutralität des Gesetzes gegenüber den Geschlechtern zu garantieren.